

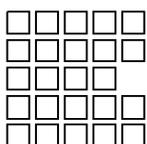


ödp im

Stadtrat Erlangen

Rathausplatz 1

91052 Erlangen



Politik, die aufgeht. ödp.

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 21.03.2012

Antragsnr.: 037/2012

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: V/50

mit Referat: VI/61



Stadtratsfraktion

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130



Erlangen



Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Erlangen, den 15.03.2012

Betreff: „Selbstbestimmtes Wohnen im Alter“ als kommunales Ziel

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Balleis,

Seit Jahren reden wir im Stadtrat sowie im Seniorenbeirat von den anstehenden demographischen Herausforderungen für die Kommune im Seniorenbereich.

Einer der wichtigsten Bereiche ist das Thema des **selbstbestimmten Wohnens im Alter**. Viel ist dazu schon gesagt worden, jede/r glaubt, dazu noch etwas beitragen zu müssen. Fragt man die Betroffenen selbst – wie auch schon in der Stadt Erlangen geschehen – kommt eigentlich kein überraschendes Ergebnis heraus.

Die Seniorinnen und Senioren wollen soweit wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld, möglichst auch in ihrer eigenen gewohnten Wohnsituation bleiben. Natürlich kommt es jedoch zu alters- und krankheitsbedingten Einschränkungen, die es der/dem Einzelnen erschweren, sein gewohntes Umfeld beizubehalten. Dann wird, mangels Alternativen, oftmals eine „radikale“ Lösung gesucht, nämlich der Umzug in einen anderen Stadtteil oder gar in eine Unterbringungsmöglichkeit für ältere Menschen.

So gut wie diese Möglichkeiten auch gedacht sein mögen, sie ersetzen dem/der Einzelnen niemals das eigene gewohnte, über viele Jahre gewachsene Umfeld und die damit verbundene Zufriedenheit, soziale Sicherheit und Geborgenheit.

Wir – die Antragsteller – regen an, dass die Stadt Erlangen im Interesse der Betroffenen einen wichtigen Schritt in die hoffentlich richtige Richtung geht und sich die Fachkompetenz – welche zweifellos in unserer Kommune vorhanden ist – mit zu Hilfe nimmt, um ein Konzept zu entwickeln, das es den Betroffenen in Zukunft möglich machen kann, in ihrem eigenen

Umfeld (auch bei Pflegehilfe und Versorgung in der eigenen Wohnung oder zumindest im „eigenen Stadtteil“) zu verbleiben.

Wir weisen in diesem Zusammenhang auf das „Bielefelder Modell“ hin, welches vorbildlich aufzeigt, was eine Kommune in Zusammenarbeit mit den örtlichen Wohnungsbaugesellschaften und den vor Ort agierenden Wohlfahrtsverbänden erreichen kann.

Zitat aus der Broschüre: *Es ist der berechtigte Wunsch vieler Menschen, auch bei steigender Hilfsbedürftigkeit in der eigenen Wohnung leben und bei Bedarf Betreuungsleistungen in Anspruch nehmen zu können. Sie wünschen sich vor allem Unterstützung im Alltagsleben und/oder Hilfe im Pflegefall, eine Versorgungssicherheit in der Wohnung bzw. ein Wohnangebot im gleichen Quartier bis zu ihrem Lebensende. Immer weniger nachgefragt wird hingegen die Unterbringung in Alten- und Pflegeheimen, da diese oftmals mit dem Verlust der Selbstbestimmtheit in Verbindung gebracht wird.*

Es muss deutlich darauf hingewiesen werden, dass es sich bei all solchen Angeboten um eine aufsuchende Beratung handeln muss. Ganz vielen Menschen ist die Fragestellung nach anderen Wohnformen u.ä. nicht klar. Es darf nicht gewartet werden, dass Menschen nur zur kommunalen Beratungsstelle gehen – sie müssen aufgesucht werden. Daher ist die enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Wohnungsbaugesellschaften, den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen etc. sehr wichtig.

Nur in einem solch umfassenden Kontext kann eine sinnvolle Konzeption gemeinsam für die Kommune auf die Beine gestellt werden.

Ziel für uns alle muss sein, dass jede/r selbst entscheiden können muss, wie er/sie ihren/seinen Lebensabend gestalten möchte.

Die Fraktionen der Grüne Liste und der F.D.P., sowie die StadträtInnen der ödp und FWG stellt folgenden Antrag:

Die städtische Sozial- und Wohnungspolitik setzt ihren Fokus in den kommenden Jahren mit deutlichem Schwerpunkt auf die o.g. Problemlage und nimmt folgenden Vorschlag (analog zum Konzept des „Bielefelder Modelles“) auf:

Wir beantragen, dass die betreffenden Ämter der Stadtverwaltung (z.B. Sozialamt und das Amt für Stadtplanung), die Wohnungsbaugesellschaften und die Erlanger Sozialverbände im Rahmen von Runden Tischen alljährlich verbindliche Ziele festlegen und umsetzen. Dem Stadtrat soll über die Fortschritte berichtet werden. Arbeitsprogramme und Haushaltsmittel sind dementsprechend anzupassen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jutta Helm
Stadträtin

gez. Wencke Seuberling
Stadträtin

gez. Lars Kittel
Stadtrat

gez. Anette Wirth-Hücking
Stadträtin

gez. Frank Höppel
Stadtrat